

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Fehrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 92

Nummer 11

Düsseldorf, den 19. März 1932

Verbandort Krefeld

Radikalismus

M. Aufgewühlte politische Leidenschaften — erhitzte Gemüter — blutige Zusammenstöße — Verlegte — Tote. Täglich kann man die Zeitungsmeldungen daraufhin verfolgen; die Kette dieser Folgen politischer Radikalisierung reißt nie ab. Der Leser geht oft schon achlos über diese Meldungen vom „Kampffeld der Politik“ zur Tagesordnung über — die Frage nach den Ursachen und Folgen solcher „Politik“ berührt ihn kaum noch. Wer macht sich nach Gedanken, wieviel Not und Verzweiflung dieser politische Alltagsmord in zahllose Familien trägt? Wer fragt noch darnach, was aus jenen unversorgten Frauen und Kindern, aus jenen hoffnungslosen Müttern wird, denen der sinnlose politische Haß den Vater oder Sohn, den einzigen Ernährer raubte? Kaum jemand. Der politische Tod gehört zur Tagesordnung, und täglich noch steigert sich die Zahl seiner Opfer, täglich nimmt die politische Radikalisierung breiter Volksschichten zu.

Warum? — Die Antwort auf diese Frage liegt in den täglichen Ereignissen offen und klar vor uns: Je schwerer die wirtschaftliche Unsicherheit und Not auf den breiten Volksschichten lastet, und je größer und anhaltender dieser Druck der Krise ist — umso größer ist auch die Gefahr, daß der Einzelne sein klares, objektives Urteil für die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Vorgänge verliert, daß sein politischer Weitblick sich trübt und sein Blickfeld selbst sich verengt: Er sieht immer mehr nur die eigene Sorge, Unsicherheit und Not und die Gegenfälligkeit besserer Verhältnisse anderer. Er verliert in dieser Begrenzung immer mehr die Erkenntnis der Zusammenhänge im ganzen, urteilt von sich aus aufs ganze und wird irre. Im gleichen Maße aber, in dem er so die Objektivität seines politischen Urteils verliert, gerät er in die Gefahr, jenem enghirnigen politischen Radikalismus zu verfallen, der in seiner Begrenzung des politischen Horizonts nur die Eigenorgen, die Eigeninteressen und Eigenziele sieht und alle anders gesinnte politische Meinung als persönliche Gegnerschaft empfindet, auf die er persönlich getroffen reagiert. Da aber diese Engung des eigenen Horizonts, dieser Verlust politischer Objektivität eine sachlich-politische und nach Objektivität strebende geistige Auseinandersetzung unmöglich macht, ist die Folge das Aufeinanderplagen erhitzter Gemüter, die keinen anderen Ausweg mehr finden, als den — sinnlosen, haßerfüllten Tötlichkeiten. Politische Meinungsver-schiedenheit wird persönlicher Haß und engstirnige Feindschaft, die sich in jenen Exzessen auswirken, die wir täglich erleben.

Ein Zeichen jener furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Not, die unser Volk bedrückt und zur schwersten innenpolitischen Gefahr sich auswirken muß.

Radikalisierte Jugend

Wirken sich diese wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schon besonders schwer aus auf Menschen, die nach Alter und politischer Erfahrung über eine gewisse politische Reife verfügen könnten, so ist diese Auswirkung doppelt stark auf die politische Jugend. Die soziale und politische Zerrissenheit unseres Volkes und seine wirtschaftliche Not findet bei ihr ein Echo, das geradezu zur Radikalisierung drängt. Die Jugend ist ohne Erfahrung und Lebensreife, ohne Tradition; sie steht — und das eben liegt ja in ihrem Wesen als Jugend — in bewußter Opposition zum Gegebenen, ist revolutionär und will erneuern. Sie sucht Lebenszweck und Auswirkung, will sich betätigen, geltend machen, durchsetzen. Tausenden von jungen Menschen aber fehlt heute diese Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeit. Die Wirtschaftskrise nimmt ihnen die Möglichkeit, in der Berufsarbeit ihre nach Auswirkung verlangende Lebenskraft einzusetzen, in gesundem Schaffen an- und abzuspannen. Ihr Schaffens- und Geltungsdrang bleibt unerfüllt. Darin vor allem sieht sich die Arbeitslosigkeit der Jugend am verhängnisvollsten aus. Lehen wir, was Professor Brauer auf der letzten Generalversammlung unseres Verbandes darüber mit eindringlicher Erkenntnis dieser Gefahr der Arbeitslosigkeit für die Jugend ausführte:

„Arbeitslosigkeit macht den jungen Menschen notwendigerweise radikal, und zwar radikal in einem sozialen, in einem ungesellschaftlichen, wenn nicht gar in einem antisozialen Sinn; denn der Mensch, der sich nicht sozial geachtet findet,

der seine Leistung nicht gewertet findet, weil er sie ja gar nicht anbringen kann, der wächst notwendigerweise in jene Auffassung, die eine Verbitterung ist deswegen, weil der Mensch sich nicht gewertet fühlt, weil er immer ein Minderwertigkeitsgefühl mit sich herumträgt und sich aus diesem Minderwertigkeitsgefühl heraus in Trotz verbeißt und nun in trotziger Abwehr der ganzen Gesellschaft gegenübersteht. Es wäre geradezu „unmenschlich“, wenn dem nicht so wäre.“

Ist nicht das Gebiet der politischen Aktionen für diese Jugend geradezu prädestiniert — geradezu geschaffen, Gelegenheit zum Sich-Betätigen, Sich-Einsetzen und Auswirken zu geben. Hier findet der junge Mensch, so erkennt er, Raum und Entwicklungs-

ganze Volksschichten zu entfremden, ist Ziel ihrer Machenschaften. Bezahlte Handlanger und verblendete Parteifanatiker tun ihnen willig Dienst. Sie stehen als Phrasenredner des Radikalismus auf den Bühnen der politischen Versammlungen; sie geifern von den Tribünen gegen Einsicht und Vernunft; sie wühlen an den Stempelstellen und Sammelplätzen der Arbeitslosen, in den Fabrikhöfen und an den Werkplätzen gegen bessere Erkenntnis und Verantwortungsgefühl; sie rufen zum Putsch und verleiten zur Unbesonnenheit und tragen den irreführenden Massen die Fahne des Radikalismus, das Zeichen des Umsturzes voran. Sie berauschen und vergiften, blenden den Blick und führen zum Abgrund. Fanatisiert folgt ihnen die Masse und erkennt nicht, daß hinter ihr das Gespenst der Vernichtung steht: der Tod der Arbeit, Zusammenbruch ihrer Existenz und Chaos.

Das Ziel dieser politischen Demagogie ist offenbar: Was den Vertretern einer Klassen-Diktatur — ganz gleich von welcher Seite sie kommen — auf dem Wege über die Verfassung des deutschen Volksstaats, auf legalem Wege nicht gelang, soll der gewalttätige Umsturz bringen: Die Entsetzung der arbeitenden und arbeitenden unteren Volksschichten unter der Diktatur der besitzenden Volksklassen gleichermaßen in „nationalen“ privatkapitalistischen wie im kommunistisch-staatkapitalistischen Staat. Mit der Doppelzüngigkeit „nationaler“ wie sozialer Versprechungen soll die Masse radikalisiert und der Boden für diese Diktatur der Reaktion ebenso wie des Kommunismus reif gemacht werden. Gewalttätig soll durch immer neue politische und wirtschaftliche Zerrüttung des deutschen Volkes der allmächtige Wiederaufstieg und die Gefundung verhindert werden, um jenes demagogische Ziel zu erreichen. Die radikalen Gruppen der „Rechten“ arbeiten sich dabei mit dem Linksradikalismus bewußt gegenseitig in die Hände. Die einen hoffen, den Profit aus dem Umsturzwerk der andern zu ziehen, um nach dem Zusammenbruch der andern die eigene Herrschaft anzutreten. So arbeiten sie systematisch auf die Zersetzung der sogenannten „bürgerlichen Ordnung“ auf den Zusammenbruch der gegenwärtigen Staatsmacht hin, um ihre Diktatur und Klassenherrschaft zu errichten. Ob das Volk darüber zu Grunde geht, kümmert sie nicht.

Abwehr!

Die christliche Arbeiterschaft hat das früh schon erkannt. Sie hat längst in Führung und Gefolgschaft die Hintergründe und Absichten dieses verantwortungslosen politischen Doppelspiels durchschaut und ist nicht untätig geblieben. Doppelt geschlossen und abwehrbereit steht sie in einer Front von Gewerkschaften und konfessionellen Vereinen zusammen. Abwehrbereit gegen soziale Reaktion ebenso wie gegen politische Putschabsichten, ganz gleich von welcher Seite sie kommen. Die Meldungen über die Bildung von Abwehrgemeinschaften der christlichen Arbeiterschaft aus allen Teilen Deutschlands bestätigen das. Die christliche Arbeiterschaft hat oft genug gemerkt vor dem Spiel mit dem Feuer, daß man in politischer Demagogie und Macht sucht verantwortungslos betreibt. Sie hat gegenüber allen Angriffen des Radikalismus lange genug Geduld und Zurückhaltung gezeigt. Das bedeutet aber keineswegs, daß sie ihre Rechte und die Erfolge einer jahrzehntelangen, zielbewußten Aufbauarbeit kampfflos preisgeben wird. Wer das glaubt, irrt sich. Die christliche Arbeiterschaft wird, wenn es nottut, auch einem feindlichen politischen Radikalismus gegenüber beweisen, daß sie für ihre Belange, für ein freies, soziales Volksrecht zu kämpfen bereit ist. Es ist nicht das erste Mal, daß die deutsche Arbeiterschaft dafür einstand. Und schon mancher, der glaubte, mit ihr ein leichtes Spiel zu haben, hat sich schmerzlich geirrt und sich eines Besseren belehren lassen müssen.

Die christliche Arbeiterschaft weiß, was für sie auf dem Spiele steht. Es geht um die Verteidigung ihrer sozialen Volksrechte, ihrer Existenz und Zukunft. Die christlichen Gewerkschaften und die gesamte christliche Arbeiterschaft werden dafür einstehen bis zum letzten. Radikalismus und politische Demagogie wird sie darin nicht irre machen. Das verantwortungslose Treiben jener politischen Handlanger wird sie weiter an der einigen

Front der christlichen Arbeiterschaft!



freiheit, Möglichkeit zur Geltung zu kommen. Hier gilt er noch etwas, kann er aktiv sein. — Das „Wie“ — d. h. die Tendenz dieses Aktoseins aber ergibt sich, so scheint uns, wiederum aus den Verhältnissen — aus dem Gefagten: traditionslos, oppositionsgerichtet, ohne belastende Lebenserfahrung (zu einem Großteil auch ohne die Erfahrung des wirklichen Kriegserlebnisses) muß diese Jugend umso leichter dem politischen Radikalismus verfallen, je näher derselbe ihrer revolutionären von keiner wirtschaftlichen Einsicht behinderten Frontstellung gegen das Gegebene liegt. Sie begeistert sich am Radikalen, weil es umstürzlerisch ist, berauscht sich daran, weil sie die Illusion sucht, da ihr die befriedigende Wirklichkeit fehlt. Daß der vermeintliche „Aufbruch“ im Radikalismus in Wahrheit Zusammenbruch bedeutet, erkennt sie nicht.

Sie ist ebenso Opfer unserer wirtschaftlichen und sozialen Not, die im Politischen sich auswirkt.

Politische Demagogie

Wirtschaftliche und soziale Not. — Das ist der Boden, auf dem der politische Radikalismus gedeiht. Das sind die Voraussetzungen für das Geschäft jener politischen Interessenten, die an diesem Radikalismus profitieren. Bewußt die wirtschaftliche und politische Vernunft der notleidenden Massen, den Blick einer irreführenden Jugend zu trüben, ist ihr Bestreben. Bewußt im gegensätzlichen Radikalismus die Massen aufeinander zu hegen, Stände und

Für Freiheit und Gerechtigkeit

Die Spannungen in unserem innen- und außenpolitischen Leben haben einen Höhepunkt erreicht, der darauf schließen läßt, daß die in nächster Zeit eintretenden Ereignisse für die zukünftige Entwicklung maßgebend sein werden. Die Fronten unseres innenpolitischen Lebens haben sich in den letzten Tagen klar und eindeutig herauskristallisiert. Der Kampf um das „System“ steht im Vordergrund des politischen Geschehens. Für den aufmerksamen Beobachter ist die Entwicklung der letzten Wochen insofern von Bedeutung, als er feststellen muß, daß der Kampf nicht so sehr um die Staatsform als solche geführt wird, sondern vielmehr um die Einrichtungen dieser Staatsform. Zugesehen von denjenigen, die sich in ihrer machtpolitischen Entwicklung durch die gegenwärtige Staatsform gehindert fühlen, geht der Kampf um die wirtschaftlichen Belange unseres Volkes. Man hat es sehr geschickt verstanden, aus der Wirtschaftsfrage eine Staatsfrage zu machen. Da nun in absehbarer Zeit eine politische Bekehrung von den Gegnern der heutigen Staatsform nicht zu erwarten ist, ist es notwendig, daß die wirtschaftliche Entwicklung eindeutige, zielbewusste und konsequente Formen annimmt. Im Kampfe um die wirtschaftliche Entwicklung eindeutige, zielbewusste und konsequente Formen annimmt. Im Kampfe um die wirtschaftliche Entwicklung eindeutige, zielbewusste und konsequente Formen annimmt.

Es geht nun darum, den Massen die wirtschaftlichen Folgen, die mit einem Sieg der „nationalen“ Front verbunden sind, klar vor Augen zu führen. Dieser Aufgabe sind vornehmlich die Gewerkschaften als wirtschaftliches Sprachrohr der Arbeiterschaft verpflichtet. Es besteht kein Zweifel darüber, und der Kampf, der augenblicklich gegen die Gewerkschaften geführt wird, beweist es klar und deutlich, daß der Kampf um die Rechtlosigkeit des Arbeiters geht. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben ist dem Unternehmertum zu einer untraglichen Last geworden. Wenn auch von einer Durchleuchtung der Wirtschaft im erforderlichen Umfange nicht die Rede sein kann, so ist es den „kleinen“ Gewerkschaftsfunktionären doch gelungen, manche Maßnahmen des Unternehmertums an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren, die den Unternehmern alles andere als ein Zeugnis wirtschaftlicher Wertigkeit ausstellen. Man braucht sich nur einmal all die kleinen und großen Wirtschaftskandale der letzten Jahre ins Gedächtnis zurückzurufen, um ein Bild von der wirtschaftlichen Denkweise eines großen Teiles des deutschen Unternehmertums zu bekommen. Indem man die Massen immer wieder auf den „wirtschaftlichen Bankrott“ des Staates aufmerksam macht, sucht man die Aufmerksamkeit von dem eigenen Wirtschaftsgebaren abulenken. Dabei ist es gerade die Privatwirtschaft, der man heute eine größere Aufmerksamkeit widmen muß. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterschaft den Unternehmer etwas mehr unter der Lupe nimmt, anstatt sich von diesen zu politischen Machenschaften mißbrauchen zu lassen. Wenn unserer Arbeiter-

Die Arbeitszeitregelung in den Tarifverträgen der Textilindustrie

Die Arbeiterschaft, insbesondere aber derjenige Teil derselben, der seit Jahr und Tag entweder sehr verkürzt arbeiten muß oder ganz arbeitslos ist, kann es nicht verstehen, daß nichts geschieht, um die Arbeitszeit den jetzigen wirtschaftlichen und produktionstechnischen Verhältnissen anzupassen, ja nicht einmal um den schlimmsten Auswuchs auf diesem Gebiete zu begegnen.

Daß wirklich Auswüchse bestehen oder auf Grund der jetzigen Arbeitszeitregelung doch sehr wohl möglich sind, zeigt die Arbeitszeitregelung in den Tarifverträgen der Textilindustrie.

Die normale Arbeitszeit in der Textilindustrie beträgt 48 Stunden pro Woche. Darüber hinaus ist aber in den Manteltarifverträgen oder in besonderen Arbeitszeitabkommen festgelegt, daß auf Anordnung des Arbeitgebers eine Anzahl von Mehrarbeitsstunden geleistet werden muß, und mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretungen und zum Teil nach Zustimmung der Gewerbeaufsichtsbeamten weitere Ueberstunden geleistet werden können. Die nachstehende Uebersicht zeigt welche Möglichkeiten auf Grund der tariflichen Bestimmungen geboten sind.

Tarifbezirk	Zulässige Mehrarbeit	
	Nach Zustimmung der Betriebsleitung	Nach Zustimmung der Betriebs- bzw. der Gewerbeaufsichtsbehörde
Arefeld, Saart-Weiden, Seidenwebereien, Kreis Kempen	3 Std. pr. Woche	6 Std. pr. Woche weitere 2 Stunden
Stadtwald-Weiden, Aachen	—	bis zur gesetzl. Grenze
Düren-Güstirchen, Rheinpfalz, Reichsheim	4 Std. pr. Woche	bis zur gesetzl. Grenze
Oberbergisch, Rintelerland	3	weitere 3 Stunden
Bielefeld, Herford	156 Std. im Jahr	—
Münsterloh, Siedershausen, Nordhammover, Kassel	4 Std. pr. Woche	bis zur gesetzl. Grenze
Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Niederschlesien, Südbayern, Nordbayeren, Baden	3	weitere 3 Stunden
Württemberg	6 Std. pr. Woche, aber nicht ab 156 Std. im Jahr	bis zur gesetzl. Grenze

Die Uebersicht zeigt, daß sehr wohl die Möglichkeit besteht, ohne die gesetzlichen Bestimmungen zu verletzen, bis zu 60 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen. Auch in der jetzigen Zeit wird von diesen Möglichkeiten in durchaus nicht vereinzelten Fällen reiflos Gebrauch gemacht. Trotz des Bemühens der Tarifvertragsverbände ist es bisher nicht gelungen, diese Arbeitszeitbestimmungen den jetzigen Verhältnissen anzupassen.

Wo die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, geschieht dieses meist nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Es soll gemiß nicht bestritten werden, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte Berücksichtigung finden müssen. Das besagt aber durchaus nicht, daß in den Industrien, in denen die Voraussetzungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit gegeben sind, diese nicht durchgeführt wird.

In der Textilindustrie sind u. E. diese Möglichkeiten durchaus gegeben. Schon auf seinem Verbandstag in Dresden im Jahre 1930 hat deshalb unser Verband die Einführung der Fünf-Tage-Woche und eine Einschränkung des Ueberstunden- und Doppelschichtensystems gefordert. Geschehen ist jedoch auf diesem Gebiete bisher nichts. Noch im Jahre 1931 ist in verschiedenen Tarifgebieten der Textilindustrie mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen der jetzige Zustand verlängert worden. Zum Teil ließen sich dabei diese Schlichtungsinstanzen von der Hoffnung leiten, daß die Reichsregierung von sich aus an einer Neuregelung dieser Bestimmungen nicht vorbeigehen könne.

Es ist aber durchaus abwegig, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Sie hat auch eine eminent große psychologische und staatspolitische Bedeutung. Wenn Fälle vorkommen, in denen Betriebe, die wegen Auftragsmangel ihre Belegschaft verringert haben, dann bei Eingang von Mehraufträgen nicht etwa eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen, sondern mit der vorhandenen Belegschaft diese Aufträge in überlanger Arbeitszeit von 56-60 Stunden und mitunter noch darüber hinaus erledigen, dann muß das auf die arbeitslosen früheren Belegschaftsmitglieder des Betriebes geradezu revolutionierend wirken und ihnen die Hoffnung nehmen, daß sie auch bei einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder in den Betrieb zurückkommen. Gemiß die Zeit mag verpaßt worden sein, wo eine Verkürzung der Arbeitszeit uns auf dem Arbeitsmarkt hätte eine größere Entlastung bringen können. Trotz und alledem besteht die Verpflichtung, mit Rücksicht auf die seit Jahren erwerbslosen Arbeitnehmer, und zwar bald, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die die jetzigen Auswüchse unmöglich machen. Die Regierung handelt klug, wenn sie von sich aus möglichst bald die Initiative in dieser für Staat, Volk und Wirtschaft wichtigen Frage ergreift.

chaft Freiheit widerfahren soll, dann darf die Freiheit gegenüber dem Unternehmer nicht übersehen werden. Es ist nämlich Tatsache, daß der Arbeiter trotz Arbeitsrecht und Sozialversicherung dem Unternehmer gegenüber in seiner Freiheit beschränkt ist. Die Freiheit, dem Unternehmer gegenüber sein Recht zu vertreten, hat der Arbeiter zum großen Teil eingebüßt. Ist es nicht für manchen Arbeitgeber bezeichnend, wenn er mit Hilfe der großen Arbeitslosigkeit den einzelnen Arbeiter in seiner Freiheit und in seinem Recht behindert? Der Anspruch eines Arbeitsgerichts vorstehenden, daß man bei den Arbeitsgerichtsbehörden Beamtenabbau wegen mangelnder Finanzpraktik vornehmen könne, zeichnet treffend die Situation. Gerade dieses beklemmende Gefühl der Unfreiheit und der Rechtlosigkeit im Betriebe macht den Arbeiter mutlos. Die Aussicht, bei der ersten Gelegen-

heit auf die Straße zu fliegen, wenn man auf sein Recht pocht, verfehlt ihre Wirkung nicht. Was nützt uns das Gebot von Freiheit und Gerechtigkeit, wenn die Arbeiterschaft im Betriebe unfrei ist. Die Freiheit im Betriebe bringt uns auch ein anderes „System“ nicht. Es ist vielmehr zu befürchten, daß ein Sieg der sogenannten nationalen Front unsere Unfreiheit im Betriebe gesetzlich verankert. Keine Regierung, keine Arbeitsgesetzgebung und auch kein drittes Reich bringt uns die Freiheit im Betriebe. Diese kommt nur durch den Solidarismus der Arbeiterschaft selbst. Der Kampf um den Solidarismus bedeutet den Kampf um die Freiheit. Der Sieg des Solidarismus bedeutet für uns Freiheit. Es ist an der Zeit, daß wir uns als Arbeiter darauf besinnen. Erst gebe man uns die Freiheit als Arbeiter, dann werden wir an die Freiheit als Staatsbürger glauben!

Industrie- und Organisationsverhältnisse in der englischen Baumwollindustrie

Diese Art der Gewerkschaften sind die Substanz und Grundlage der englischen Bewegung. Sie besitzen die nötigen, wachen ihre eigenen Sekretäre und sind hin und wieder — in den letzten Jahren ist dieses allerdings nur selten geworden — gänzlich unabhängig und ohne Verbindung mit der Gesamtbewegung. In Lancashire sind heute fast alle Fachgruppen des Industriegebietes in einer „Gewerkschaft“ (Trade Union) zusammengeschlossen. Die Selbstständigkeit der örtlichen Gewerkschaften ist jedoch in der Regel sorgfältig erhalten worden.

Die „Amalgamationen“ haben die Interessen der Fachgruppe für den ganzen Bezirk zu regeln. Solcher Art werden, soweit sie allgemeine Forderungen enthalten, von ihnen abgelehnt. Arbeitskämpfe werden von ihnen geführt und finanziert. Große Summen sind zu diesen und anderen Zwecken, wie Arbeitslosen- und Krankheitsunterstützung, in ihnen angehäuft. Der größte Teil der Beiträge wird von den örtlichen Organisationen an sie abgeführt. Die Arbeitsfähigkeit der „Amalgamationen“ wird mehr und mehr anerkannt, und demzufolge wächst der Ausbau dieser Zentralorganisationen ganz beträchtlich. In ihnen liegt heute der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Macht, ganz besonders bei den Industriellen, die für das ganze Land in einer „Amalgamation“ oder ähnlichen Organisation zusammengeschlossen sind. Bezüglich der Textilindustrie (Textile Workers Federation of Great Britain, 600 000 Mitglieder), der Metallarbeiter (Associated Engineering Workers, 14 000 Mitglieder) und der Transportarbeiter (Transport and General Workers Union, 260 000 Mitglieder). Nicht so wichtig sind die Zusammenschlüsse in der Textilindustrie. In dieser umfassen die Amalgamationen nur eine einzelne Fachgruppe der Baumwollindustrie. Es bestehen jedoch zwischen den verschiedenen Verbänden feste Zusammenhänge, die ein halbwegs gutes Zusammenarbeiten sichern.

Die gesamten Fachgruppen Concessions sind in einer solchen wie zum Beispiel der „United Textile Workers Association“, die hauptsächlich mit dem gleichen Organisationsverhältnis der anderen Textilindustrien Englands verbunden ist.

Die Textilarbeiter sind im Trades Union Congress mit der gesamten englischen Bewegung zusammengeschlossen. Diese Dachorganisation der englischen Bewegung besteht aus einem jährlichen Kongress und einem ständigen Sekretariatsapparat, dem „Central Council“, welcher vom Kongress, der aus Delegierten der angeschlossenen Verbände besteht, kontrolliert wird. Der Trades Union Congress umfaßt ungefähr 4,8 Mill. Mitglieder und so die gesamten Gewerkschaftsbewegungen Englands, die irgend welche Bedeutung besitzen. Er ist ferner der Hauptträger der englischen Labour Party (Arbeitspartei) und besitzt in dieser eine maßgebende politische Organisation.

Nach diesen kurzen Blick auf die Zusammenhänge von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung kommen wir zu den Trades and Labour Councils, die örtliche Vereinigungen der Gewerkschaften und der Labour Party darstellen. Von ihnen aus wird die politische Tätigkeit der Arbeiter geleitet.

Für die örtlichen Textilarbeiterverbände gibt es noch eine jährliche Konferenz von Vertretern der örtlichen Gewerkschaften. Diese wählen ein Komitee, das etwaige Streitigkeiten, Lieferungsverträge usw. zu regeln hat.

Wie schon erwähnt, stellt in England ein Arbeitsrecht in unserer Sinne Tarifvertragsgesetz, staatliches Schlichtungsorgan usw. fehlen vollkommen. Die praktische Durchführung kollektiver Verträge und Tarifverträge wird in England zum großen Teil durch Tradition, Gewohnheit und Erfahrung bestimmt. Ganz besonders auf dem Gebiete der Lohnverträge besitzt England eine fast 200jährige Tradition und entwickelte ein interessantes, jedoch außerordentlich kompliziertes Lohnvertragsystem. Für die Industrie Lancashires besteht ein Lohnvertragsystem, dessen Stufenmäßigkeit wohl selbst in England einzig darsieht. Diese Stufen sind 10-12 und mehr Jahre alt. Sie bestehen in der Hauptsache aus langen Reihen von Tabellen, auf denen die Abstände für die verschiedenen Tätigkeiten — entsprechend der Art des Materials, der Maschinen oder der Beschäftigung usw. angegeben sind. Für Spinner besitzen drei verschiedene Rufen, für Weber vier, für alle anderen Arten von Arbeitern je nach Bedarf. Diese Stufenmäßigkeit läßt sich unendlich erweitern und werden nur ergänzt, wenn ein Betrieb neue Maschinen oder Werkzeuge an Arbeitsplätze einsetzt. Diese Stufenmäßigkeit ist ein ganzes System, das sich nur durch die Erfahrung der Arbeiter, die in diesen sich nur „Spezialisten“ ausbilden können.

Die Tarifverträge in Lancashire bauen alle auf diesen Standardlisten auf. So und soviel Prozent vom Löhnen werden den vereinbarten und die üblichen Zeitabkommen usw., wie sie in allen deutschen Tarifverträgen zu finden sind. Im Jahre 1913 standen die Löhne auf 105 Prozent des Standards; 1920, während der außerordentlichen Konjunkturperiode, stiegen sie auf 315 Prozent des Standards (allerdings war in der Zwischenzeit die Arbeitszeit von 55 1/2 auf 48 Stunden pro Woche verkürzt worden), augenblicklich stehen sie auf 182 1/2 Prozent des Standards. Das sind 77 1/2 Prozent vom Löhnen höher als 1913. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt wird, ergibt sich eine Erhöhung der Löhne gegenüber 1913 um 52 Prozent bei einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 48 Prozent.

Eine weitere Form englischer Tarifverträge ist die Verbindung der Lohnlisten mit den amtlichen Indexnummern, die in Deutschland unter dem Namen „gleitende Lohnskala“ bekannt ist. In der Textilindustrie ist mit ein Fall der Anwendung dieses Systems nicht bekannt. Die Spinnarbeiter von Manchester arbeiten jedoch unter einer solchen „Skala“. Ein Fall von je weilig 5 Prozent (oder ein Steigen) bringt automatisch einen Fall von 5 Prozent in den Löhnen usw. Veränderungen von weniger als 5 Prozent werden nicht berücksichtigt. Erst wenn die Schwankung 5 Prozent ausmacht, löst sie eine entsprechende Veränderung der Löhne aus. Die Einführung dieses Systems erfolgt durch Vertrag der Tarifvertragsparteien.

Im Jahre 1928 fielen ungefähr 2,5 Mill. Arbeiter oder 20 Prozent der Arbeiter insgesamt unter dieses System. Es stellt zweifellos eine bewegliche und reibungslose Lohnregulierung dar, die jedoch eine gute Organisation von Arbeitern, Arbeitgebern und des Staatlichen Amtes voraussetzt.

Wie erwähnt, sind Tradition und Ehrenhaftigkeit der Tarifvertragsparteien die einzigen Garantien für seine Innehaltung. Für Streitfälle ist ein von Arbeitgebern und -nehmern gebildetes Schiedsgericht gebildet, welches natürlich nur auf freiwilliger Unterwerfung der Parteien ruht. Bleibt ein solches Verfahren ohne Erfolg, so werden Kampfmaßnahmen (Streik, Aussperrung) ergriffen, um die Frage zur Lösung zu bringen. Bei der mäßigen Haltung der englischen Arbeiter und nicht zuletzt durch die Ehrenhaftigkeit im englischen Geschäfts- und Industrieleben arbeitet dieses wenig entwickelte Schlichtungsorgan halbwegs zufriedenstellend.

Arbeitseinkommen um 43 v. H. gesunken

Seit Höchststand im Jahre 1929.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahrsbericht eine bemerkenswerte Schätzung des Arbeitseinkommens in Deutschland. Bei einer Zusammenfassung der Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau beziffert das Institut das gesamte Arbeitseinkommen in Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 nur noch auf 6,5 Milliarden RM. Da in der letzten Konjunkturperiode (Herbst 1929) bereits ein Vierteljahreseinkommen von über 11 Milliarden RM. erreicht war, beträgt der Einkommensausfall der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nunmehr fast 43 v. H. Diese von dem Institut wahrscheinlich sehr vorsichtig geschätzte Größenordnung zeigt eindringlich, wie stark die arbeitnehmenden Schichten von der Krise betroffen wurden. Wenn auch ein Teil dieser Verluste durch die inzwischen eingetretene Preisenkung gedeckt wird, so wird doch andererseits auch die neue Steuerbelastung der letzten Jahre recht drückend in jedem Arbeitnehmerhaushalt. Besonders heftig haben die Industriearbeiter unter dem Einkommensverlust zu leiden, da bei ihnen die Kurzarbeit stark ins Gewicht fällt.

Das Institut für Konjunkturforschung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Verbrauch in der letzten Zeit größer war als das aus dem Produktionsprozeß fließende Einkommen zuließ. Vielfach sind Einlagen von Sparkassen oder von Banken abgezogen und zur Anschaffung von Dauergütern (Hausrat, Ausstattungsgegenstände) verwendet worden. Hierdurch erklärt es sich auch, daß die Umsätze des vierten Vierteljahres 1931 keineswegs so katastrophal zurückgegangen sind wie das Einkommen. Die Umsätze liegen übrigens auch seit zwei Jahren über der industriellen Produktion. Mit anderen Worten: die Erzeugung hat sich derart eingeschränkt, daß sie den laufenden Bedarf bereits erheblich unterschreitet. Setzt man industrielle Produktion und Umsätze für das Jahr 1928 mit 100 an, so war die industrielle Produktion im Jahre 1931 auf 70 v. H. und der Umsatz auf 94 v. H. gesunken. Sonderbarerweise verzichtet das Institut für Konjunkturforschung diesmal auf eine Schätzung der Einkommen aus Kapitalbesitz, Landwirtschaft und Unternehmerstätigkeit. Eine derartige Untersuchung wäre gerade angebracht der starken Rückgänge des Arbeitseinkommens hochinteressant gewesen, denn ohne Zweifel hätte sich in Beziehung zum Volkseinkommen eine relative Bergtöpfung der nicht aus einem Arbeitsverhältnis fließenden Einkommen ergeben.

Die künftige Preisüberwachung

Es ist nicht so, daß, nachdem Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wieder auf seinen Posten nach Leipzig zurückgekehrt ist, die Preisüberwachung ihr Ende gefunden hat. In seiner bekannten Rundfunkrede hat er nur im großen und ganzen die Beendigung seiner Tätigkeit angekündigt. Dr. Goerdeler ist der Meinung, daß wir in der Preisbewegung auf einem gewissen Beharrungszustand angelangt sind, soweit nicht die von behördlichen Maßnahmen undbeeinflusste wirtschaftliche Entwicklung eine weitere Preisenkung aus sich heraus herbeiführt. Jedenfalls sei der Zustand jetzt so beständig, daß wirtschaftliche Dispositionen wieder für einen gewissen Zeitraum getroffen werden könnten. Außerdem wies der Preiskommissar darauf hin, daß nunmehr bei Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs die Ueberwachungs-befugnisse auf die obersten Landesbehörden übertragen worden sind. Dr. Goerdeler selbst wird in Zukunft noch die Ueberwachung der Tarife und der öffentlichen Gebühren als Preiskommissar weiter übernehmen. Außerdem hat er sich vorbehalten, auch für die Gegenstände des täglichen Bedarfs bezw. für die Nahrungsmittel den Erlaß von zentralen Anordnungen und Richtlinien nach wie vor selbst vorzunehmen. Dagegen werden die Unterkommissare in den einzelnen Ländern verschwinden, weil die Ueberwachungs-befugnisse den obersten Landesbehörden erteilt worden sind. Damit soll eine stärkere Preisüberwachung auch für die Zukunft erreicht werden. Zur verstärkten Kontrolle der preisgebundenen Markenwaren hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Einführung eines Markenregisters angeordnet. Durch diese Markenregister sollen laufend nicht nur die Preise und Nettogewichte, sondern auch die Entwicklung der Handelspreisen beobachtet werden. Nach längerer Uebergangsfrist tritt auch eine Vorschrift in Kraft, nach der bei Markenartikeln die Nettomenge und das Nettogewicht aufgedruckt werden müssen. Wenn man jetzt vielfach bei der Rückkehr Dr. Goerdelers auf seinen Leipziger Oberbürgermeisterposten gelaubt hat, mit der Preisüberwachung sei es zu Ende, so ist das also ein Irrtum.

Gewiß ist die in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielte Gesamtsenkung der Preise von 7-9 Prozent nicht gerade ein übermäßigendes Ergebnis, aber immerhin der Anerkennung wert, zumal sie unter erschwerenden Umständen erreicht werden mußte und durch allerhand Quortreibereien sehr behindert wurde und heute noch wird.

Baltusch.

Warum den Kopf hängen lassen?

Ein verdienter Kollege aus dem Arbeitsverhältnis schreibt uns:
Zu Anfang der Nachkriegszeit strömten die Scharen der Unorganisierten zu den Gewerkschaften. Doch wohl deswegen, weil sie den Wert und Nutzen der Gewerkschaften erkannt hatten. Von da ab hatte die Bewegung einen dauernden Aufstieg bis vor wenigen Jahren zu verzeichnen. Die Errungenschaften der Gewerkschaftler, die mancher alte Kollege zur Zeit der Gründung der Gewerkschaften mit mehrmaliger Entlassung und bitterer Not in seiner Familie bitter bezahlt hat, sind in der Nachkriegszeit wesentlich erweitert worden, ohne daß die Scharen der Arbeiter nicht zu kämpfen brauchten. Viele haben daher diese Errungenschaften nicht zu würdigen gewußt und dieselben als etwas Selbstverständliches angesehen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie bit-

Menschenwirtschaft?

Die „Sozialpolitik“ der Lahusens

Vor der deutschen Öffentlichkeit sind die Leiter des Nordwolle-Konzerns, die Brüder Lahusen, längst gerichtet. Ihre planlose und maßlose Expansionspolitik und ihre verantwortungslose Verschwendungswirtschaft, durch die sie den Zusammenbruch der Nordwolle-Unternehmen herbeigeführt haben, hat ihnen mit Recht die einmütige Verurteilung der gesamten deutschen Öffentlichkeit eingebracht. Und weit noch darüber hinaus hat ihre Mißwirtschaft, die durch den Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns offenbar wurde, ein Echo gefunden und dem Ansehen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Unternehmertums jenseits der deutschen Grenzen schwere Einbuße gebracht. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn dabei darauf hingewiesen wird, daß die Folgen dieser Mißwirtschaft jener katastrophale Vertrauensschwund war, der mit der Bankenkrise des vergangenen Jahres unsere Wirtschaft nahe an den Rand des Abgrundes gebracht hat und der heute noch wie ein Alpdruck auf unserem Wirtschaftsleben ruht. Neben diesen unmittelbaren Auswirkungen aber brachten die direkten Folgen jener Mißwirtschaft nicht minder schwere Schädigungen unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens: Tausende von Arbeitnehmern sind durch den Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns um Arbeit und Brot gekommen und haben ihre wirtschaftliche Existenz verloren. Tausende von Familien büßen so unschuldbenig für die Sünden jener Menschen, die sich bedenkenlos über ihre sozialen und moralischen Unternehmerpflichten hinwegsetzten.

Wenn deshalb in den nächsten Monaten die Richter im Untersuchungs- und Strafverfahren gegen die Brüder Lahusen ihr juristisches Urteil fällen werden, so wird das selbe — mag es ausfallen wie es will — an dem Urteil der öffentlichen Meinung nichts mehr ändern. Die gesellschaftliche Schuld und ihre sozialen Folgen bleiben bestehen.

Dennoch ist es der Mühe wert, gerade unter diesen sozialen Gesichtspunkten die Rechtfertigungsversuche der Brüder Lahusen, die jetzt in einer umfangreichen Verteidigungsschrift ihre Unschuld nachzuweisen suchen, einer näheren Kritik zu unterziehen. Natürlich haben die Brüder Lahusen nach ihrer Behauptung „beschreiben“ gelebt und keine Aufwendungen gemacht, die über ihre Vermögensverhältnisse hinausgingen. Was sie unter dieser „angemessenen Lebensweise“ verstanden haben, ist allerdings eine Frage. Es läßt immerhin einige Rückschlüsse darauf tun, wenn von ihnen sehr verständlicherweise erklärt wird: „Wir halten es für unangebracht, über solche persönlichen Ausgaben öffentlich Rechnung zu legen.“ — Das ist schließlich auch gar nicht nötig; der inzwischen bekannt gewordene Luxus des Hauses „Hohenhorst“ legt von dieser persönlichen „Beschreibenheit“ deutlich genug Zeugnis ab.

Natürlich waren die Brüder Lahusen, wie ihre Verteidigungsschrift kundtut, auch sozial gesinnt bis zum letzten. Ihr Begriff von „sozialer Gesinnung“ und ihre Meinung von der notwendigen Sozialpolitik überhaupt wichen nur weit ab von dem, was man in der Arbeiterbewegung gemeinhin „sozial“ nennt. Für die Lahusen war das sozial, was in ihrem Interesse lag, das, was ihnen zugute kam, und nicht zuletzt das, was dazu diente, den Einfluß der Arbeitnehmer und insbesondere den Einfluß der verhassten Gewerkschaften zurückzudrängen und zu

brechen. So richtete sich das „soziale“ Streben der Lahusens auf die Bekämpfung der Gewerkschaften, Bekämpfung des staatlichen Schlichtungswesens und nicht zuletzt auf die Bekämpfung des verhassten Arbeitsministeriums, das den Lahusens stets ein Dorn im Auge war. Als Mittel dieser Politik diente ihnen die Einführung einer geilen Werks-Gemeinschaft, die mit allem Nachdruck unter der Arbeiterenschaft propagiert wurde — freilich ohne den rechten Erfolg. Immerhin gelang es damit, ein Lohn- und Arbeitsystem in den Nordwolle-Betrieben durchzuführen, das zeitweise zu einer Ausbeutung der Arbeiterenschaft führte, wie sie kaum in einem anderen Betriebe der deutschen Textilindustrie gleich war. Mit Mehrstuhlarbeit, Antreiberei schlimmster Art und Prämienerlohnung wurde das Letzte aus der Arbeiterenschaft herausgepreßt und die Arbeiterenschaft gegeneinander ausgespielt, um immer neue Leistungssteigerungen zu erreichen. Das unter solchen Umständen die erhoffte „Gemeinschaft“ zwischen Werk und Belegschaft nicht von langer Dauer blieb, kann nicht verwundern. Wiederholte Streiks waren die Folge, und aus der gelben Saat ging bald die rote Blüte auf: der Radikalismus gedieh in bester Weise. Die Gewerkschaften verfolgten unbeeinträchtigt um diese Politik der Nordwolleleiter und ihre Auswirkungen ihre Aufgaben: die radikalisierte oder irreführte Belegschaft zu schulen, aufzuklären und zu sammeln, um ihren lohn- und arbeitspolitischen Einfluß zu sichern und zu stärken und insbesondere den Lohnabbaubestrebungen der Lahusens erfolgreich Widerstand zu leisten, daß angesichts dieser Bemühungen der Gewerkschaft der Nordwolle-Unternehmer nur wuchs, kann nicht verwundern. So ist es kaum überraschend, wenn die Brüder Lahusen auch heute noch in ihrer Verteidigungsschrift den „übersteigerten Löhnen und sozialen und staatlichen Lasten“ eine Hauptschuld am Zusammenbruch der Nordwolle geben. Es beweist allerdings das Gegenteil, wenn von ihnen selbst zugegeben werden muß, daß im Gegensatz zu der schlechten Beschäftigungslage in den übrigen Betrieben der deutschen Textilindustrie die Nordwolle-Werke auch in den Krisenjahren 1930/31 noch mit Doppelschicht beschäftigt waren und daß dabei die Nordwolle stets „auf gute Preise gehalten“ habe. — Über dieser Widerspruch stört die Beweisführung der Lahusens natürlich wenig. Ihnen kommt es bei ihrer Rechtfertigung verständlicherweise nur darauf an, die Schuld am Zusammenbruch der Nordwolle auf andere abzuwälzen — ein einfaches, aber dennoch nicht beweiskräftiges Mittel. Dabei muß natürlich auch die Regierung gebührend herhalten, die nach der Behauptung der Lahusens nicht das genügende Verständnis für die rechtzeitige Sanierung der Nordwolle aus Staatsmitteln aufbrachte. — Der Ruf nach der Staatshilfe ist in den letzten Jahren nachgerade zur Alltäglichkeit geworden; interessant aber bleibt es doch, wenn derselbe, so wie im Falle Nordwolle, von Unternehmern erhoben wird, die sich sonst nicht genug tun konnten, über die „Einkämpfung“ des Staates in die Wirtschaft zu entriisten. — So ergibt die Rechtfertigungsschrift der Lahusens — man kann die rein wirtschaftliche Seite derselben ganz außer acht lassen — in allen ihren „sozialen“ Argumenten eine Widerlegung der Lahusens-Politik, die eine Politik der sozialen Verantwortungslosigkeit war. Die Folgen mögen eine Warnung für alle deutschen Wirtschaftsführer sein.

Brunnenvergiftung

Die „Kölnische Zeitung“ beschäftigt sich in Nr. 130 vom 6. März 1932 in einem längeren Artikel mit dem Rückgang der Kleinrentenindustrie im Hagener Industriebezirk. In diesem Gebiet — so schreibt sie — herrsche der Kleinbetrieb vor. Gute, gediegene Waren würden dort von jeher hergestellt. Wenn Aufträge eingingen, so habe man in Ueberfließen gearbeitet. Die Belegschaft habe sich immer guten und schlechten Zeiten angepaßt. Anpassungsfähigkeit und schnellste Umstellung auf neue Lieferungen sei in früherer Zeit das Geheimnis des Erfolges gewesen. Wörtlich heißt es dann weiter: „Seute haben der starre Lohn, die starre Soziallast, die starre Steuer und die Aufblähung des allgemeinen Unkostenanteils im Verhältnis zu Lohn- und Materialkosten ihnen (den Unternehmern) gerade das bechnitten, was ihr größtes Aktivum war.“

Der „starre Lohn“, die „starre Soziallast“, welche Verdrehung der Tatsachen! Die Arbeitnehmer haben die Beweglichkeit der Löhne in letzter Zeit bis zum Ueberdruß erfahren. Die Kürzungen der Einkommen sind so enorm, daß manche Arbeiterfamilie, trotz voller Beschäftigung des Ernährers, darbt. Ebenso haben die Sozialrentner sich andauernd Kürzungen ihrer an sich schon kärglichen Bezüge gefallen lassen müssen. Diese Kürzungen sind vielfach derart, daß die öffentliche Wohlfahrt gezwungen ist helfend eingzugreifen.

Die Art und Weise, wie gerade in letzter Zeit wieder gegen die vitalsten Interessen der Arbeiterenschaft mit Schlagworten gearbeitet wird, zeigt ganz klar, daß hierin System liegt. Das Wort vom „starken Lohn“ und „starrer Soziallast“ klingt von fast jeder Unternehmertagung zu uns herüber. Eine gewisse Presse ist eifrig bestrebt, dem guten Bürger die Schäden sozialpolitischer Bindungen vor Augen zu führen. „Anpassungsfähig“ wie früher soll die Arbeiterenschaft wieder gemacht werden. Deshalb fort mit allem, was die Arbeiterenschaft der Unternehmung beinträchtigt.

Daß man mit dieser Methode auch die vernünftige Arbeiterenschaft mehr und mehr ins radikale Lager treibt, sieht man nicht ein. Gerade in Zeiten politischer Vermirrung könnte eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für Volk und Staat segensreich wirken. Statt eine solche zu fördern, treibt man sozialpolitische Brunnenvergiftung aller schlimmster Art. Die Früchte solcher Arbeit werden bestimmt bezaubern.
R. B.

ter die Gleichberechtigung der Arbeiterenschaft erkauft worden war. Haben denn diese nicht einmal von den Alten gehört, daß es eine Zeit gab, in der jeder, der sich als Gewerkschaftler ausgab, als Revolutionär verfahren war? Haben sie nicht gehört, daß es eine Zeit gab, wo derjenige, der es magie, eine Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, mit der Polizei zu rechnen hatte, die damals auf Anruf der Arbeitgeber die Gewerkschaftsversammlungen einfach auflöste? Wissen diejenigen, die heute den Kopf hängen lassen, nicht, daß es früher keinen garantierten Lohn gab, daß es keinen Urlaub, keine achtstündige Arbeitszeit gab, daß es kein Betriebsratsgesetz und damit auch keine gesetzliche Vertretung für die Arbeiterenschaft in den Betrieben gab, daß der Arbeitgeber einstellte, bestrafte und Entlassungen vornahm, wie er wollte; kurz, daß der Arbeitgeber mit der Arbeiterenschaft machte, was er wollte? —

Ist das nicht alles anders geworden? Wo ständen wir heute, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären? Sind also die Gewerkschaften heute, wo man alles versucht, der Arbeiterenschaft die Errungenschaften zu entreißen, nicht notwendiger denn je? Daß jeder Kämpfer auch mal einen Rückschlag erleiden kann, ist so selbstverständlich, daß man darüber kaum zu sprechen braucht. Ist es deshalb richtig, feige die Flinte ins Korn zu werfen? Dann verdienten wir nicht den Namen eines Gewerkschaftlers, und erst recht nicht den eines christlichen Gewerkschaftlers! Daß ein Geldautomat nicht immer Geld abgeben kann, ohne auch hin und wieder mal neu aufgefüllt zu werden, dürfte eine Binsenwahrheit sein. Als solcher ist aber die Gewerkschaft von vielen betrachtet und bewertet worden. Wir müssen bedenken, daß, je mehr die Gewerkschaften zahlenmäßig und finanziell geschwächt werden, um so mehr ihr Einfluß auf Politik und Wirtschaft schwinden wird. Das ist, was weite Kreise der Unternehmung heute wollen! Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnut, das ist ihre Lösung.

Darum tut Aufklärung bitter not! Ein jeder möge an seiner Stelle unter Einsatz aller Kräfte die Lauen aufklären und zu gewinnen suchen. Das ist nicht nur materielle, sondern auch kulturelle Aufgabe. Wehe uns, wenn wir die Hände müßig in den Schok legen! Ein Ende mit Schrecken wird uns erwarten. Darum weg mit allem Pessimismus, weg mit der Verzweiflung, weg vor allem mit dem Mißtrauen! Mit Mut und Gottvertrauen an die Arbeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung, für die Gleichberechtigung der Arbeiterenschaft, für Recht und Gerechtigkeit, für eine christliche Wirtschaftsordnung. Einer für alle und alle für einen!
H. B.

Berichte aus den Ortsgruppen

Bocholt. Mit einem schönen, von der Vorsitzenden der weiblichen Jugendgruppe eindrucksvoll vorgetragenem Prolog und mit dem Viede „Wann wir schreiben“ wurde die am Sonntag im Saale des Arbeitervereins tagende Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter eröffnet. Sobann erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Er gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und erwähnte dabei auch die Kämpfe, die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete stattgefunden hätten. Dank gebühre den Betriebsräten für ihre in dieser Zeit der Krise so überaus schwere Arbeit. Pflicht sei es für die Arbeiterklasse, den Betriebsräten den Rücken zu stärken. Daß die langandauernde Krise auch an den Verband starke Anforderungen stelle, erfahre man an den gezahlten Unterhaltungen. Die Ortsgruppe Bocholt hat im Jahre 1931 allein 30 919,84 M. an Unterhaltungen ausgezahlt. Trotz der schweren Krise sei die Mitgliederzahl stabil geblieben, ein Zeichen, daß der Gewerkschaftsverband stark verankert sei. Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen Mitarbeitern für ihre unter so schweren Umständen geleistete Arbeit. Der dann von dem Kassierer Franz Mehlmann gegebene Kassenbericht zeigte, daß die Finanzen trotz der großen Anforderungen sich in bester Ordnung befinden. Dem Kassierer wurde für seine musterghiltige Kassenführung gedankt und Entlastung erteilt.

Der Geschäftsführer, Kollege Gömert, nahm dann die Erhebung der Jubilare vor. Sie hätten, so betonte er, das aufwärtsstrebende Bäumchen der Organisation mit Gehert und gepflegt und dazu beigetragen, daß trotz der oft schweren Stürme aus dem Bäumchen ein starker Baum geworden sei, der reiche Früchte getragen habe, wenn letzteres auch in heutiger Zeit nicht immer anerkannt würde. Man höre jetzt manchmal die Redensart, man könne doch nichts mehr verlieren. Was noch zu verlieren sei, würden diese Leute erfahren, wenn der Zeitpunkt mal kommen sollte, wo alles verloren sei. Der Redner beleuchtete dann die Wirtschaftslage und betonte, die Arbeiterklasse müsse gerade in dieser Zeit für die Organisation stehen und dürfe den Glauben an deren Stärke nicht verlieren. In dieser Hinsicht seien die Jubilare allen ein leuchtendes Beispiel. Sie hätten trotz aller Schwierigkeiten dem Verbande treu gedient. Dafür gebühre ihnen Dank. Aber auch allen anderen, die durch ihre Mitarbeit geholfen hätten, den Verband über die schwierige Zeit hinwegzuführen, sei man zu Dank verpflichtet. Den Jubilaren Johann Kibers, Bernhard Biermann, Johann Böing, Heinrich Kampershoff, Hermann Nepermann und Emil Felker wurde dann die Ehrenurkunde und die silberne Verdienstnadel im Namen des Hauptvorstandes überreicht. Die Jubilarin Frau Everk war durch Krankheit leider verhindert, an der Versammlung teilzunehmen.

Die dann vorgenommene Vorstandswahl und die Wahl der Delegierten zum Ortsparteitag wurden schnell erledigt und unter Punkt Verschiedenes noch einige Fragen gestellt, die von der Versammlung beantwortet wurden. Gegen 12,30 Uhr wurde die Versammlung von Vorsitzenden mit Dankesworten an die Erschienenen geschlossen.

Forst (N.-L.). In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach unter Geschäftsführer, Kollege Tacke, über „Für Freiheit und Gerechtigkeit“. Auch einem allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage kam der Redner auf die besonderen Methoden der Unternehmung im Kampf gegen die Gewerkschaften zu sprechen. Neben der Forderung der gelben Verbände betriebe man den Ausbau der Schlagelbmetallbetriebsgruppen und nationalsozialistischen Betriebszellen. Diese gewerkschaftsfeindlichen Gruppen seien auf Umwidmung des politischen Unternehmertums geschaffen und sollen lediglich dazu dienen, die Gewerkschaftsfront zu zerstören. Der Redner beleuchtete dann treffend die Struktur und die Praxis dieser sogenannten Arbeitergruppen. Anschließend kam Kollege Tacke auf die Unfreiheit des Arbeiters im Betriebe zu sprechen. Man wolle die Freiheit des deutschen Volkes, aber den deutschen Arbeiter behindere man mit allen Mitteln in seiner Freiheit. Selbst der Beifall dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der Aussprache gab der hochw. Herr Pfarrer Garbierich seiner Freude Ausdruck über den Geist, der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorherrsche. Er forderte alle christlichen Arbeiterinnen und Arbeiter auf, der christlichen Gewerkschaftsbewegung beizutreten. In der weiteren Aussprache wurden noch verschiedene Fragen besprochen. Am Schluß der Versammlung überreichte der Kollege Furbst der Kollegin Schneeweiß und dem Kollegen Gröschke für zehnjährige treue Mitgliedschaft Diplome und Ehrennadeln.

Hof a. S. Am 26. Januar 1932 hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Obwohl es der Wettergott an diesem Sonntag besonders gut meinte und die Sonne wie an den schönsten Frühlingstagen scheinen ließ, fanden sich die Kollegen und Kolleginnen doch zahlreich zu der Versammlung ein, um die Berichte entgegenzunehmen und um sich wieder eine Verwirklichung zu sichern, die das Interesse der Ortsgruppe betrifft, und vor allen Dingen auch das Ansehen des christlichen Textilarbeiterverbandes stärkt. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorstand und Geschäftsführer Schöffel wurde folgende Tagesordnung bekanntgegeben: Jahresbericht durch Vorstand und Kassierer, Neuwahl, Beiträge. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung übertrug Kollege Schöffel das Jahr 1931 als ein Jahr, das reich an Kämpfen war und was sich leider durch zu viele Zweifler und Euhantanten nicht zu einem Jahr des Kampfes bringen ließ, weshalb auch trotz Mühe und Arbeit der Erfolg nur gering ist. Nur wenigen und mäßig treuen Kollegen ist es zu danken, daß die Ortsgruppe Hof im vergangenen Jahre, das für die Hof's Textilarbeiter ein Reijensjahr war, wie ein solches auch die ältesten Kollegen noch nicht erlebt haben, doch etwas nachwärts gekommen ist. Die zu überwindende Arbeit war sehr groß; denn durch die von der Krise hervorgerufenen anomalen Verhältnisse war eine viel intensivere Arbeit zu leisten, wie es bei normalen Verhältnissen hätte der Fall sein müssen. Es wurden insgesamt 13 Versammlungen abgehalten. Davon sind hervorzuheben die Versammlung vom 3. 2., zu der Kollege Höpfer aus Düsseldorf das Referat übernommen hatte und besonders der Jugend sprach, außerdem die vom 4. 1., zu der unsere Fachgruppe aus Gochlin erschienen war und in der sowohl Kollege Kanis aus Greiz als auch Kollege Schöffel zu den zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen in kurzen aber kräftigen Worten sprachen und auf die Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen und von denen besonders die Textilarbeiterklasse sehr stark getroffen werden kann, aufmerksam machten. Auch die Versammlung vom 13. 11., in der Kollege Müller aus Düsseldorf sprach und die vom 26. 11., zu der Kollege Sillensdörfer aus Hagenau das Referat übernommen hatte, für die die Ortsgruppe Hof in bleibender Erinnerung. In 13 Funktionär- und Vertretungsmannschaften wurde die sonst angefallene Arbeit erledigt. Die Konferenzen in Augsburg, Bamberg, München, Ulm und Hof wurden alle besucht. Die Mitglieder der Ortsgruppe Hof waren im Jahre wiederum in Lohnverhandlungen verwickelt. Zu dem von den hiesigen Gewerkschaften im Verein mit dem Sachrat angeführten Verhandlungsausschuß stellt die Ortsgruppe Hof auch ihren Vertreter. Bei allen vom Ortsrat durchgeführten Veranstaltungen stellen die Textilarbeiter die christlichen Textilarbeiter allenthalben noch mehr so kann wie die freien Gewerkschaften, aber auch dort stellen sie ihren Mann und treten für die Kollegen und Kolleginnen ein. Im Jahre 1931 waren insgesamt 118 Besuchsreisen und Besuche zu verzeichnen, denen ein Abgang von 85 gegenübersteht. Hier ist besonders der eifervollste Fleiß der Kollegen Garris Johann,

Schödel Andreas und Careis Adolf zu erwähnen; denn diese Kollegen haben trotz der großen Krise in der Agitation nicht nachgelassen, und ein großer Teil aller Neuzugänge muß auf das Konto dieser Kollegen gebucht werden. Es hätte vielleicht ein weit größerer Erfolg erreicht werden können, wenn alle Kollegen mitgeholfen hätten und auch von Mut und Opferwilligkeit durchdrungen gewesen wären. Mit dem Appell an die Mitglieder, ihre Bücher in Ordnung zu halten, dankte Kollege Schöffel dem treuen und schon ergrauten Kollegen Puz für seine Buch- und Kassenführung und sprach an ihn die Bitte aus, sich der Ortsgruppe auch dieses Jahr wieder für den Kassierposten zur Verfügung stellen zu wollen. Insgesamt gesehen zeigten die Berichte, daß das Jahr 1931 nur mit vereinter Kraft etwas Erfolg hatte, und daß es trotz aller Stürme nicht rückwärts ging. Mit der Versicherung, auch im laufenden Jahre den Stürmen zu trotzen und, auf die Unterstützung und Mithilfe der Mitglieder bauend und hoffend, wurden die Berichte geschlossen und zur Freiwahl des Vorstandes geschritten. Dieser setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Schödel Andreas, Careis Joh., Puz Jakob, Careis Adolf und Seel Hans. Zu diesen kommen noch die Ausschusmitglieder. Der neu gewählte Vorstand versprach, sein ganzes Können in den Dienst der christlichen Textilarbeiterbewegung zu stellen und am Auf- und Ausbau der Ortsgruppe Hof tätig zu sein. Nach einigen arbeitsrechtlichen Fragen, die vom Kollegen Schöffel zur Bearbeitung übernommen wurden, konnte die schon verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

Sormersdorf. Am 12. Februar 1932 hielt unsere Ortsgruppe Ergebirge ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Diese war sehr gut besucht. Als Referent war der Gründer der Gruppe, Kollege Kanis, Greiz, amtsend. Kollege Zeißler begrüßte die Erschienenen, besonders den Referenten. Kollege Richard Selbig erstattete den Jahresbericht. Trotz der schweren Krise hat sich die Gruppe im allgemeinen halten können. Das ist in erster Linie den Funktionären der ergebirgischen Ortsgruppe zu danken, welche die schwere Kleinarbeit im letzten Jahre geleistet haben. Diesen Dank sprach ihnen der Geschäftsführer aus. Durch die Arbeitslosigkeit infolge der englischen Zölle ist die Gruppe mit etwa drei Viertel der Mitglieder in der letzten Zeit schwer heimgejucht worden. Hierauf erteilte der Vorsitzende Kollege Kanis das Wort. Dieser führte etwa folgendes aus: Das heutige kapitalistische System ist nur auf Verdienen eingestellt; nicht auf Dienen mit dem Kapital dem Volksganzen. Das Streben der Gewerkschaften geht nach gesunder Wirtschaftsdemokratie, damit die werteschaffende Arbeiterklasse mitreden kann in den Wirtschaftsvorgängen. Menschliche Gleichachtung und Gleichberechtigung für die Arbeiterklasse zu erkämpfen, ist Ziel und Sache der christlichen Gewerkschaften. Sie sind das Bollwerk der christlichen Arbeiterklasse. Nicht nur für den Arbeiter tun sie ihre Arbeit, sondern für das ganze Volk. Denn Ständesarbeit ist am letzten Ende Arbeit für das ganze Volk. Denn das ganze Volk profitiert auch davon. Mit den Auswüchsen des Kapitalismus und mit „Jasus“ irgendwelcher Art werden wir Volk und Wirtschaft nicht erneuern, das kann nur eine Bewegung, welche Verantwortung aus christlichen Grundsätzen herleitet. Das kann nur eine christliche Arbeiterbewegung. Ihre Gewerkschaftsarbeit ist zugleich Dienst am ganzen Volke.

Reider. Dieser Bericht konnte keine Ausprägungen. In diesem Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Die verschiedenen gewerkschaftsfeindlichen Richtungen wurden grell beleuchtet. Die Aussprache klang aus in dem Gedanken: Treue um Treue in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Mit ihr gemeinsam wollen wir schaffen das Beste für Volk und Staat. Die Funktionäre des Gesamtverbandes der Gruppe erhielten durch einstimmige Wiederwahl ihre alten Ämter, welche sie ohne Zögern auch wieder annehmen. Nach einem kurzen Schlußwort schloß der Vorsitzende die sehr schön verlaufene Hauptversammlung.

Zangenbielau. Unsere Ortsgruppe hielt am 20. Februar in der „Deutschen Krone“ ihre Monatsversammlung ab. Bei Eröffnung derselben konnte der 1. Vorsitzende, Kollege Ohnefange, den neuen Geschäftsführer, Kollegen Drepte, der an Stelle des nach dem Besten berufenen Geschäftsführers Kollegen Kleinwächter tritt, herzlich begrüßen. Besondere Worte des Dankes entbot er dem scheidenden Geschäftsführer, Kollegen Kleinwächter, für die in den vier Jahren seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit in den christlichen Ortsgruppen im Interesse der christlichen Arbeiterklasse geleistete Arbeit. Nach der Protokollverlesung durch den Schriftführer nahm Geschäftsführer Kollege Drepte das Wort zu seinem Vortrag: „Die Gewerkschaften in der Krisenzeit“. Der Redner gab ein Bild von dem, was die Gewerkschaften bis jetzt alles geschaffen haben: Ausbau der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung, Schaffung von Tarifverträgen usw. Der Redner wies aber auch darauf hin, was die Arbeitnehmer ohne Gewerkschaften wäre. Die christlichen Arbeiter führen ihren Kampf nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf sozialem Gebiet. Dazu gehören die Ertragung der Gleichberechtigung mit den anderen Volksschichten und die Achtung vor der Arbeit auf Grund der christlichen Weltanschauung; denn nur durch der Hände Arbeit erwirbt der Wohlstand des ganzen Volkes. Vieles haben die Kämpfer errungen; aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Der Redner schloß mit dem Appell, sich um die Jahre der christlichen Gewerkschaften zu sammeln. Geschäftsführer Kleinwächter hat die Versammlung auch mit dem neuen Geschäftsführer, Kollegen Drepte, Hand in Hand zu gehen und gemeinsam mit ihm zum Ziele zu streben. In der Aussprache wurden jenseits der Versammlung einzelne Fragen besonders beleuchtet. Nach einigen Anfragen schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an Redner und die Teilnehmer die Versammlung. Hermann Thiel.

Rienkerk. Die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe wurde am 12. Februar in der Berufsschule abgehalten. Eingangs begrüßte der Kollege Gerdeck als Vorsitzender der Ortsgruppe alle Anwesenden. Danach wurde vom Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, welches für gut befunden wurde. Da der Kassierer, Kollege van Buyl, durch Krankheit verhindert war, gab der Schriftführer auch den Jahres- und Jahresbericht. Trotz Not und Arbeitslosigkeit vieler Mitglieder hat die Ortsgruppe auch im vergangenen Jahre ihren Mann gehalten. Im Anhang an den Jahresbericht wurde die Vorstandswahl getätigt. Das Ergebnis war, daß alle Kollegen wiedergewählt wurden. Nur an Stelle der Kollegin Kötter trat Kollegin van Buyl. Nach der Wahl übernahm Kollege Kuppels das Wort. Mit Aufmerksamkeit verfolgte man die Ausführungen des Referenten, die mit Beifall aufgenommen wurden. Nach dem Referat wurden noch verschiedene Punkte diskutiert. Besonders die Verdienste der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Bürgervereinsvereinfachung wurden hervorgehoben. Der Vorsitzende des Kreisratels der christlichen Gewerkschaften des Kreises Geldern, Kollege Heinz Kötter, erinnerte dann noch an die Versammlung, die am Sonntag, dem 20. Februar, stattfindet und in der unser Schriftleiter des Verbandsorgans, Kollege Otto Raier, sprechen werde. Mit dem Danke an alle schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Ortsgruppe zu weiterer gegenwärtiger Arbeit ein „Glück auf“.

Rochow. Am 16. Februar 1932, abends 8 Uhr hatte sich die Jugendgruppe zur diesjährigen Generalversammlung im Gewerkschaftssaal versammelt. Der erste Vorsitzende, Franz Krenz, eröffnete die Versammlung und ließ alle Kollegen herzlich willkommen heißen. Sobann ging man gleich zur Tagesordnung über, und der erste Vorsitzende erteilte dem Schriftführer das Wort zur Verlesung des Protokolls. Hierauf nahm der erste Vor-

sitzende wieder das Wort zum Jahresbericht. Er gab einen kurzen Bericht von dem vergangenen Jahre und betonte, daß man trotz des Krisenjahres einen guten Schritt weiter gekommen wäre, ganz besonders ein guter Fortschritt in der Bildung zu verzeichnen. Auch an den Versammlungen haben sich die Kollegen rege beteiligt. Auch der anschließende Kassenbericht wurde für gut befunden und der Kassierer entlastet. Die anschließende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: zum ersten Vorsitzenden wurde Bernhard Speller und zum zweiten Vorsitzenden Heinz Sommer gewählt. Zum Kassierer wurde Hermann Reehues, zum ersten Schriftführer Bernhard Lindemann, zweiter Schriftführer Franz Kreuz, Beisitzer August Benschmann, Albert Sütkuhues, Wilhelm Schneitberg und zu Kassenrevisoren Josef Schlexer und Heinrich Saverland gewählt. Ludwig Grüner wurde einstimmig als Jugendführer wiedergewählt. Am ergreifendsten der Kollege Zwingers das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Die gewerkschaftliche Organisation praktische Helferin und Schützerin auch während der Wirtschaftskrise“. Der Redner betonte, die Frage, ob die Gewerkschaft heute noch Zweck habe, müsse bejaht werden, aber viele müßten nicht, was die Gewerkschaft leiste und geleistet habe. Er wies dann auf die vielfältige Tätigkeit der Organisation hin und ging besonders auch auf die Unterstützungsleistungen derselben ein. Zum Schluß forderte er alle Kollegen auf, mal gründlich zur Vorbereitung zu schreiben und tatkräftig mitzuarbeiten. Kollege Speller dankte dem Kollegen Zwinger für seinen Vortrag. Danach wurden Gruppen eingeteilt zur Hausagitation. Zum Schluß forderte auch Kollege Speller alle Kollegen zur Mitarbeit auf und dankte allen für ihr Erscheinen. Mit einem Liebes wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. Bernhard Lindemann.

Leutersdorf (O.-L.). Am 6. Februar konnten wir unsere gutbesuchte diesjährige Hauptversammlung abhalten. Nach Bekanngabe des Jahres- und Kassenberichtes wurden die Neuwahlen erledigt. Es verpflichteten sich folgende Kolleginnen und Kollegen neu bzw. wieder in die Vorstandsamter: zweiter Vorsitzender Herbert Jährg, zweite Schriftführerin Martha Pohl, Kassenrevisoren Paul Neumann und Anna Lang. Darauf ergreifend unser Bezirksleiter, Kollege Vicker, das Wort zu seinem Vortrag: „Die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise“. Einige Gedanken zu seinem Referat: Ueberall tritt uns Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit entgegen. Schwer lastet sie auf der gewerkschaftlichen Arbeit, besonders schwer auf unsere Jugendarbeit. Wer noch im Arbeitsverhältnis steht, bei dem sind Leistungen und Lohn zwei krasse Gegensätze. Der durchgeführte Lohnabbau genügt den Scharfmachern im Arbeitgeberlager längst nicht. Ihr Streben geht auf die Ausschöpfung und Untergrabung der gesamten Lohn- und Sozialpolitik. Diesen Bestrebungen einen Wall entgegenzusetzen, muß Aufgabe der Gewerkschaften sein. Erst in der Gemeinschaft der Organisation gewinnt der Einzelne dazu die Kraft. Mögen darum gegenwärtig auch keine Augenblickserfolge erzielt werden, so ist dennoch die gewerkschaftliche Arbeit um Gleichachtung und Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in dieser Zeit nicht minder bedeutsam. Darum gilt's, den Mut nicht zu verlieren. Einer Frage des andern Laif, muß unsere Lösung sein. — Die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit in dieser Notzeit zeigt besonders auch das gewerkschaftliche Unterstützungsweien. Zahlreichen Kolleginnen und Kollegen ist dadurch Hilfe in der Not gemöhrt worden. So muß uns die Gewerkschaft Kampfgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft sein. Wir müssen uns frei machen von Gleichgültigkeit und allem Unzulänglichen und immer weiter an unserer eigenen Verwirklichung und an der Stärkung unserer Organisation arbeiten. Dann wird unserer Arbeit auf die Dauer auch der Erfolg nicht veriaht bleiben. Nur in diesem Gemeinschaftskampfe können wir uns auch allen Ungerechtigkeiten gegenüber behaupten. So hat unsere Bewegung eine starke Selbstberechtigung und eine große Zukunftsaufgabe zu erfüllen. Darum muß jeder Mitarbeiter sein und unsere Sache in jeder Weise fördern. Je größer die Not auf uns lastet, um so mehr muß der Gewerkschaftsgedanke auch in die Tiefe wachsen und uns innerlich erfassen. — Unsere Ortsgruppe war auch in diesem Jahre bestrebt, in diesem Sinne ihr Möglichstes zu tun. Das kam auch zum Ausdruck in der gütlichen Bemühtung der Mitglieder auf unserer Generalversammlung. Manchem kurzarbeitenden oder erwerbslosen Mitgliede wurde dadurch eine frohe Ueberaschung bereitet.

Neurode. Am 23. Januar, abends 7 Uhr hielt die Ortsgruppe Neurode ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Sommer, eröffnete die Versammlung mit einem Glückwunsch für das neue Jahr und mit einem Dankeswort für den zahlreichen Besuch. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung gab der Schriftführer den Geschäftsbericht bzw. eine Uebersicht über die von der Ortsgruppe geleistete Arbeit im vergangenen Jahre. Es wurden drei Vollversammlungen und fünf Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerführungen abgehalten, in welchen uns Kollege Kleinwächter über die jeweiligen Ereignisse und Notverordnungen unterrichtete. Der Ortsgruppenkassierer gab einen klaren Uebersicht über die Entwicklung der Kasse und der Beitragsleistung. Beide Berichte wurden mit Beifall aufgenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die nachher folgende Vorstandswahl wurde durch Kollegen Kleinwächter geleitet. Er dankte allen Vorstandsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahre. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Abschließend hielt er einen Vortrag über die Tierke Notverordnung und ihre lohnpolitischen Auswirkungen. Mit der Bitte an die Anwesenden, auch im neuen Jahre dem Verbande die Treue zu bewahren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Radikalismus. — Für Freiheit und Gerechtigkeit. — Die Arbeitszeitregelung in den Tarifverträgen der Textilindustrie. — Arbeitsentkommen am 4. u. 5. gefunken. — Die künftige Preisüberordnung. — Warum den Kopf hängen lassen? — Menschenwirtschaft? — Brunnenvergiftung. — Feuilletou: Industrie- und Organisationsverhältnisse in der englischen Baumwollindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Forst (N.-L.). — Hof a. S. — Sormersdorf. — Zangenbielau. — Rienkerk. — Nordhorn. — Leutersdorf (O.-L.). — Neurode. — Inzerate.

Christl. Leitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Dellitzsch 103. Provint Sachsen, Angerstr. 4. sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten. Ferner prima 2 Bett-inlett. Preisen Sie sehen und verlangen Sie Prober und Preisliste kostenlos und portofrei. „Der Deutsche“ ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschafters.